

## Post-neoliberale Hegemonie?

Zur Rolle des Green-Economy-Konzepts in der Vielfachkrise<sup>1</sup>

Markus Wissen

(erscheint in: Kurswechsel 2/2012)

Bei der United Nations Conference on Sustainable Development im Juni dieses Jahres in Rio de Janeiro wird das Thema „Green Economy“ eine zentrale Rolle spielen. Die Konferenz findet 20 Jahre nach der UNCED (United Nations Conference on Environment and Development) und am selben Ort wie diese statt. Nicht nur deshalb trägt sie den Titel „Rio+20“. Es wird in Rio auch wesentlich darum gehen, dem für die UNCED zentralen Gedanken der nachhaltigen Entwicklung neues Leben einzuhauchen. In diesem Sinne ist das Green-Economy-Konzept zu begreifen. Wie die UNEP (United Nations Environment Programme) betont, soll „Sustainable Development“ mit ihm nicht *ersetzt*, sondern eher operationalisiert werden: „Sustainability is still a vital long-term goal, but we must work on greening the economy to get us there“ (UNEP 2011: 2). In ihrem Green-Economy Report berechnet die UNEP die Wirkungen von „grünen Investitionen“ in Schlüsselsektoren (wie Landwirtschaft, Transport, Energieversorgung, Gebäude u.a.), wobei der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ferner beschreibt sie, wie staatliche Politik eine solche Investitionstätigkeit forcieren kann (genannt werden u.a. steuerliche Anreize, technische Standards, eine stärkere Orientierung öffentlicher Aufträge an Nachhaltigkeitskriterien und effektive internationale Umweltabkommen).

In diesem Beitrag soll es nicht darum gehen, die von der UNEP vorgeschlagenen (und vielerorts bereits praktizierten) Maßnahmen im Einzelnen zu bewerten. Vieles – etwa der Ausbau einer Energieversorgung auf erneuerbarer Basis, die Stärkung des öffentlichen Personentransports gegenüber der privaten Automobilität oder die Förderung energie- und materialsparendem Bauen – ist ohne Zweifel sinnvoll. Mein Interesse ist vielmehr hegemonietheoretischer Art. Rio+20 und der Green-Economy-Report der UNEP stehen nicht für sich allein. Letzterer ist Teil einer längerfristig angelegten Green-Economy-Initiative, in deren Rahmen die UNEP bereits 2009 für einen globalen „Green New Deal“ plädierte (UNEP 2009). Ähnliche Überlegungen kommen von anderen Akteuren bzw. werden von diesen politisch oder unternehmerisch bereits umgesetzt: von den deutschen Grünen und ihrer Heinrich-Böll-Stiftung, von Teilen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, von der EU-Kommission und der OECD, von innovativen Unternehmen und ökologisch orientierten

---

<sup>1</sup> Für hilfreiche Anmerkungen danke ich Ulrich Brand.

Investmentfonds oder von Gremien wie dem Wissenschaftlichen Beirat der deutschen Bundesregierung Globale Umweltveränderungen und Think Tanks wie der New Economics Foundation sowie der mit ihr verbundenen Green New Deal Group in Großbritannien.<sup>2</sup> Die Reaktorkatastrophe von Fukushima hat dazu beigetragen, die als Alternative zur CO<sub>2</sub>-intensiven Stromerzeugung aus Kohlekraft gepushte Atomenergie weiter zu diskreditieren und der Green-Economy-Debatte zusätzlichen Schwung zu verleihen.

Ich begreife die Attraktivität, die das Green-Economy-Konzept offensichtlich auf ein breites Akteursspektrum ausübt, als Symptom für die gesellschaftliche Suche nach einem neuen hegemonialen Projekt, in einer Situation, in der sich das alte, neoliberale Projekt in einer tiefen Funktions-, in großen Teilen der Welt auch in einer Legitimationskrise befindet. Als Funktionskrise lässt sich eine Situation bezeichnen, in der die etablierten Formen der Bearbeitung gesellschaftlicher Widersprüche versagen: Es gelingt nicht länger, unter den gegebenen institutionellen Bedingungen, in denen sich immer eine bestimmte gesellschaftliche Kräftekonstellation manifestiert, ökonomische Kohärenz und soziale Kohäsion zu gewährleisten. Eine Legitimationskrise liegt vor, wenn die Funktionskrise wahrnehmbar politisiert wird, so dass das nötige Maß an (aktiver und passiver) Zustimmung zu einem Gesellschaftsprojekt in Frage steht (aktuelle Anzeichen hierfür sind die Popularität linker Regierungen in Lateinamerika, die Occupy-Bewegung in vielen Ländern des globalen Nordens oder die Revolutionen in Nordafrika, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen sind, dass das neoliberale Projekt vielen Menschen ihre materiellen Existenzgrundlagen und ihre Zukunftsperspektiven geraubt hat).

Im Folgenden sollen die Potenziale und Grenzen der Green Economy als möglichem post-neoliberalen hegemonialen Projekt in der Funktionskrise (und Legitimationskrise) des Neoliberalismus erörtert werden. Ich arbeite dazu die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede zwischen Green Economy und Sustainable Development heraus, wobei ich die Unterschiede vor allem in den historischen Situationen verorte, in der die Konzepte jeweils erarbeitet wurden und ihre Wirkung entfalteten bzw. entfalten: Während die Sustainable-Development-Debatte mit dem Beginn der nördlich dominierten neoliberalen Globalisierung und einer Schwächung des globalen Südens zusammenfiel, wird über Green Economy umgekehrt zu einer Zeit diskutiert, in der der neoliberale Kapitalismus in einer tiefen Krise steckt und sich geopolitische und -ökonomische Verschiebungen zugunsten von Ländern wie Indien, China und Brasilien ereignen. Abschließend untersuche ich die Grenzen des Projekts sowie die Möglichkeiten ihrer emanzipatorischen Politisierung.

---

<sup>2</sup> Für einen Überblick über deutsche Green-New-Deal-Konzepte siehe Schachtschneider (2009), für eine kritische Diskussion siehe Brand (2009) sowie Candeias/Kuhn (2008). Ein Überblick über Positionen und Dokumente der Green-Economy-Debatte sowie eine kritische Einschätzung derselben findet sich bei Brand (2012a).

## **Green Economy und Sustainable Development: Gemeinsamkeiten...**

Den Konzepten „Green Economy“ und „Sustainable Development“ gemeinsam ist, dass sie beide die Versöhnbarkeit von ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielsetzungen im Weltmaßstab suggerieren. Mit Sustainable Development wurde beansprucht, den Gegensatz zwischen Umwelt und Entwicklung zu überwinden, der in den frühen 1970er Jahre aufgebrochen war (vgl. zum Folgenden Wissen 2011). Damals war die Entkolonialisierung Asiens und Afrikas weitgehend abgeschlossen, der Vietnamkrieg entwickelte sich zum Debakel für die USA, und die südlichen Länder hatten begonnen, ihre politischen und ökonomischen Interessen selbstbewusst und organisiert zu artikulieren.

Kristallisationspunkte hierfür waren die Gründung der Gruppe der 77 1964, die Gründung der UNCTAD ebenfalls 1964 und die im Jahr 1972 erhobene Forderung nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“, die sich in der Folge auch die UNO-Generalversammlung zu eigen machte. Ferner führten die beiden Ölpreiskrisen der 1970er Jahre dem globalen Norden seine Abhängigkeit von den Ressourcen des Südens – und damit seine Verwundbarkeit – deutlich vor Augen. Und schließlich nährten Studien wie jene des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972) die Befürchtung, dass eine Fortsetzung und globale Verallgemeinerung des ressourcenintensiven Wachstumsmodells des globalen Nordens die Erde bald an ihre „Tragfähigkeitsgrenzen“ führen würde. Würde der globale Süden einen ähnlichen Entwicklungspfad einschlagen wie der globale Norden – und eben dies stand aufgrund der selbstbewussten und organisierten Artikulation südlicher Interessen zu dieser Zeit zu befürchten – dann, so schien es, würden diese Grenzen umso schneller erreicht werden.

Der Nord-Süd-Konflikt seit den späten 1960er Jahren hatte also wichtige umwelt- und ressourcenpolitische Implikationen. Diese wurden bereits bei der ersten großen internationalen Umweltkonferenz, der United Nations Conference on the Human Environment (UNCHE), 1972 in Stockholm thematisiert, deren Abschlusserklärung einen engen Zusammenhang zwischen Armut und Umweltproblemen konstatierte. Auf dieser Konferenz wurde auch die UNEP ins Leben gerufen. Es folgten im Laufe der 1970er Jahre mehrere internationale umweltpolitische Abkommen. Woran es allerdings mangelte, war eine überzeugende konzeptionelle Verknüpfung von Umwelt und Entwicklung. Diese zu leisten beanspruchte dann in den 1980er Jahren das Konzept „Sustainable Development“. Es tauchte erstmals in der „World Conservation Strategy“ der IUCN (International Union for the Conservation of Nature) von 1980 auf. Bekannt wurde es aber vor allem durch den Bericht der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung von 1987, „Our Common Future“ (Brundtland-Report; deutsche Fassung: Hauff 1987), sowie durch die UNCED im Jahr 1992. Seine zentrale Botschaft war, dass die Entwicklungsinteressen des globalen Südens mit dem Wachstumsmodell des globalen Nordens versöhnbar seien, sofern letzteres nur seine

ökologischen Fehlentwicklungen korrigiere. Der umwelt- und ressourcenpolitische Nord-Süd-Konflikt könne mithin bearbeitet werden, ohne dass der kapitalistische Wachstumsimperativ grundsätzlich in Frage gestellt werden müsse.

Ähnlich wie Sustainable Development transportiert auch das Green-Economy-Konzept die Botschaft, Wachstum mit ökologischen und sozialen Zielen versöhnen zu können: „the greening of economies is not generally a drag on growth but rather a new engine of growth; [...] it is a net generator of decent jobs, and [...] it is also a vital strategy for the elimination of persistent poverty” (UNEP 2011: 3). Das Konzept wurde in einer Situation der multiplen oder Vielfachkrise erarbeitet: der Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich mittlerweile zu einer Staatsschulden- und Eurokrise entwickelt hat; der ökologischen Krise, die – in Gestalt des Klimawandels – seit dem Vierten Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change von 2007 (IPCC 2007) und dem Stern-Report über die ökonomischen Kosten des Klimawandels von 2006 (Stern 2006) auf der staatlich-politischen Tagesordnung eine wichtige Rolle spielt; den beiden Wellen der Preissteigerung für Nahrungsmittel in den Jahren 2008 und 2011; und der drohenden Erschöpfung zentraler Ressourcen der kapitalistischen Ökonomie, allen voran Erdöl, wie sie in der Rede von Peak Oil, dem bereits überschrittenen oder kurz bevorstehenden Höhepunkt der Ölförderung, thematisiert wird. In ihren ökologischen und sozialen Dimensionen wird die Vielfachkrise durch die geopolitischen und -ökonomischen Verschiebungen zugunsten der großen Schwellenländer (China, Indien, Brasilien u.a.) überlagert und verschärft. Dadurch, dass diese die Produktions- und Konsummuster des globalen Nordens übernehmen – sichtbar etwa an der Herausbildung einer Gruppe von „new consumers“ (Myers/Kent 2004), die zusammen mit den KonsumentInnen aus den Ländern des globalen Nordens eine „transnationale Verbraucherklasse“ (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 2005) bilden –, nimmt die Konkurrenz um Ressourcen ebenso wie die Belastung der globalen CO<sub>2</sub>-Senken zu und wird der Klimawandel weiter angeheizt.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich die Attraktivität des Green-Economy-Konzepts: Erstens suggeriert es, dass die unterschiedlichen Erscheinungsformen der Vielfachkrise im globalen Norden durch ein ökologisches Modernisierungsprogramm bearbeitet werden können; zweitens verspricht es, das ressourcen- und umweltpolitische Konfliktpotenzial im Verhältnis zwischen dem globalen Norden und den aufstrebenden Schwellenländern des globalen Südens durch eine Steigerung der Ressourceneffizienz und die Substitution von fossilen durch erneuerbare Energien einzudämmen.

Eine Gemeinsamkeit zwischen Sustainable Development und Green Economy liegt auch darin, dass beide in einer Situation gesellschaftlicher Verunsicherung bzw. gesellschaftlichen Umbruchs entwickelt worden sind. Das Sustainable-Development-Konzept fiel in die Zeit des

Epochenwechsels Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre. Die Green Economy ist, wie schon gesagt, ein Produkt der aktuellen Vielfachkrise. Allerdings gibt es wichtige Unterschiede zwischen den beiden Umbruchsituationen, die im Folgenden näher betrachtet werden sollen. Mein Ziel ist es, den zentralen Unterschied zwischen Green Economy und Sustainable Development herauszuarbeiten, der darin liegt, dass erstere im Gegensatz zu letzterem das Potenzial zu einem post-neoliberalen hegemonialen Projekt hat.

### **...und Unterschiede**

Der Epochenwechsel Anfang der 1990er Jahre markierte das Ende nicht nur des Ost-West-Konflikts, sondern auch einer Phase im Nord-Süd-Verhältnis, in der die Länder des globalen Südens selbstbewusst und in organisierter Form ihre Interessen an nachholender Entwicklung artikuliert hatten. Beides hing miteinander zusammen. Dass der globale Süden weltpolitisch und -wirtschaftlich auf diese Weise agieren konnte, lag auch an der Existenz einer Systemalternative zum Kapitalismus, die diesen nach innen und außen hin zu einer relativen Mäßigung veranlasste, um sozialistische Bestrebungen nach Möglichkeit gar nicht erst aufkommen zu lassen.<sup>3</sup> Mit dem Verschwinden der Systemalternative verringerte sich auch der Handlungsspielraum progressiver Regierungen und Bewegungen im globalen Süden. Dazu kam die Schwächung vieler südlicher (aber auch osteuropäischer) Länder durch die Verschuldungskrise, die 1982 mit der Zahlungsunfähigkeit Mexikos begann.<sup>4</sup> Noch im Laufe der 1990er Jahre gerieten mehrfach große Schwellenländer in heftige Finanz- und Wirtschaftskrisen (Asienkrise 1997/98, Russlandkrise 1998/99, Brasilienkrise 1999).

Der kapitalistische Norden ging demgegenüber aus dem Epochenwechsel gestärkt hervor. Sein Entwicklungsmodell war nun weltweit konkurrenzlos, ehemals realsozialistische Länder wurden einer marktradikalen „Schocktherapie“ unterzogen, die Verschuldungskrise des globalen Südens wurde mittels harter Strukturanpassungsprogramme, zu denen sich die verschuldeten Länder auf Geheiß des Internationalen Währungsfonds verpflichten mussten, gemanaged, und die Währungsabwertungen, mit denen etwa die Asienkrise der 1990er Jahre bearbeitet wurde, führten zu einem massiven Vermögenstransfer von Süd nach Nord (Harvey 2005, 149). Die neoliberale Globalisierung, deren Ursprünge in der – Mitte der 1970er Jahre manifest gewordenen – Krise des Fordismus lagen, deren volle Entfaltung zunächst aber noch durch die teilweise Fortexistenz der fordistischen Kräfteverhältnisse und durch die vom Ost-West-Konflikt geprägte internationale Kräftekonstellation gebremst worden war, setzte sich nun also mit Macht durch.

---

<sup>3</sup> Die Betonung liegt auf „relativ“. Auch zu Zeiten des Ost-West-Konflikts waren die Beziehungen zwischen dem kapitalistischen Norden und dem globalen Süden ausbeuterisch; und wenn sich hier Alternativen entwickelten – etwa in Gestalt von linken Regierungen oder Befreiungsbewegungen – wurden diese mit allen Mitteln bekämpft. Gleichzeitig wurde jedoch eine vergleichsweise ambitionierte Entwicklungspolitik verfolgt.

<sup>4</sup> Ein Überblick hierzu sowie die Analyse einzelner Länder finden sich in Altvater et al. (1987).

Es ist deshalb nicht weiter erstaunlich, dass auch die internationale Umweltpolitik seit den 1990er Jahren neoliberalen Vorgaben folgte. Die beiden wichtigsten Regelwerke, die bei der UNCED 1992 verabschiedet wurden – die Klimarahmenkonvention (UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change) und die Biodiversitätskonvention (CBD – Convention on Biological Diversity) –, setzen stark auf marktförmige Instrumente, wie den Emissionshandel im Fall der UNFCCC und den Schutz der biologischen Vielfalt durch deren kommerzielle Nutzung im Fall der CBD. Bei letzterer kommt noch dazu, dass sie im Schatten des TRIPs-Abkommens<sup>5</sup> der 1995 gegründeten WTO (World Trade Organisation) – der Institution der neoliberalen Globalisierung schlechthin – steht, das unter anderem die globale Verallgemeinerung der in den Industrieländern vorherrschenden rigiden Standards für den Schutz geistigen Eigentums an lebender Materie vorsieht.

Die historische Situation, in der das Green-Economy-Konzept propagiert wird, ist eine gänzlich andere. Zwar werden auch wichtige Erscheinungsformen der Vielfachkrise vorrangig mit neoliberalen Mitteln bekämpft. Die Erweiterung des Austeritätspolitischen Repertoires der EU auf Druck von Deutschland sowie das Management der Griechenland-Krise stehen beispielhaft hierfür. Allem Anschein nach gelingt es jedoch nicht, die Europäische Währungsunion auf diesem Weg zu konsolidieren. Nicht nur, dass die für immer mehr Menschen kaum mehr tragbaren sozialen Härten der Austeritätspolitik die Legitimation einer neoliberal ausgerichteten europäischen Integration untergraben (siehe die Proteste in Griechenland oder Spanien) – vieles deutet auch auf eine zunehmende ökonomische Dysfunktionalität neoliberaler Politik hin. So wird die Euro-Krise mit genau jenen Methoden bekämpft, die sie erst hervorgebracht haben: Anpassungslasten werden allein den Defizitländern aufgebürdet, die diese aber so lange nicht schultern können, wie es Überschussländern – allen voran Deutschland – erlaubt ist, durch eine aggressive, auf niedrigen Lohnstückkosten beruhende Exportstrategie, die strukturellen Ungleichgewichte in der Euro-Zone zu zementieren; Sparpakete sollen die Haushalte konsolidieren, dürften aber die Binnennachfrage schwächen, die Überakkumulation von Geldkapital befördern und damit eine neuerliche Finanzkrise wahrscheinlich machen.

Vieles spricht deshalb dafür, dass die gesellschaftlichen Widersprüche mit den neoliberalen Methoden der vergangenen Jahrzehnte nicht mehr herrschaftsförmig bearbeitet, sondern nur noch verschärft werden können. Die Dominanz der Austeritätspolitik gleiche demnach einem letzten Aufbäumen des Neoliberalismus und der ihn prägenden Kräftekonstellation. Sie wäre mit der Endphase des keynesianischen Fordismus Mitte der 1970er Jahre vergleichbar, in der der fordistische Klassenkompromiss und seine Verankerung in den Staatsapparaten

---

<sup>5</sup> „TRIPs“ steht für „Trade-related aspects of intellectual property rights“ (handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum). Das TRIPs-Abkommen bildet eine der drei Säulen der WTO. Die beiden anderen sind das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) und das GATS (General Agreement on Trade in Services).

dazu führten, dass der Krise zunächst mit keynesianischen Maßnahmen begegnet wurde. Deren Versagen leistete dann einer neoliberalen Politik Vorschub (die konzeptionell gleichwohl schon lange vorbereitet worden war, siehe hierzu Plehwe/Walpen 1999).

Mit Jaimie Peck und Adam Tickell (2002) ließe sich die gegenwärtige Phase des neoliberalen Projekts als „roll out-neoliberalism“ bezeichnen. Im Unterschied zum „roll back-neoliberalism“ der 1970er und 1980er Jahre, der sich glaubhaft als Alternative zu seinen in der Krise befindlichen (peripher-)fordistischen Vorläuferprojekten anbot und daraus seine Stärke bezog, ist der Neoliberalismus seit den späten 1990er Jahren nicht mehr mit den Dysfunktionalitäten der fordistischen Entwicklungsweise und der keynesianischen „Globalsteuerung“, sondern mit seinen eigenen Widersprüchen konfrontiert und versucht, diese mit einem Mehr des Immergleichen zunehmend autoritär und unter Missachtung selbst von liberaldemokratischen Essentials zu bearbeiten (vgl. Candeias 2010, 9). Und im Unterschied zum Epochenwechsel zu Beginn der 1990er Jahre steht der kapitalistische Norden heute nicht mehr weltweit konkurrenzlos dar. Seine geopolitische- und ökonomische Dominanz wird vielmehr von den aufstrebenden Schwellenländern in Frage gestellt. Die aktuelle Krise dürfte diese Tendenz noch verschärfen, denn ihr Epizentrum liegt nicht mehr wie noch bei den Krisen der 1990er Jahre im globalen Süden, sondern im globalen Norden, so dass „sich die Gewichte in der Weltwirtschaft durch die Krise beschleunigt verschieben werden“ (Boris/Schmalz 2009, 636).

Als das Sustainable-Development-Konzept entwickelt wurde, befand sich der neoliberale Kapitalismus weltweit auf einem Siegeszug. Alternative gesellschaftliche Projekte waren in der Defensive. Das Sustainable-Development-Konzept hatte gar nicht erst den Charakter eines potentiell hegemonialen Projekts. Zwar bot es vielen gesellschaftlichen Kräften Anknüpfungsmöglichkeiten. Allerdings lag das mehr an seiner fehlenden Operationalisierung und Schwammigkeit als daran, dass es tatsächlich zu einem Kristallisationspunkte einer gesellschaftlichen Kräftekonstellation geworden wäre (vgl. Bruckmeier 1994, 171 ff.).

Das Green-Economy-Konzept wird dagegen in einer Situation propagiert, in der sich der neoliberale Kapitalismus in einer tiefen Krise befindet, Organisationen wie die UNEP arbeiten an seiner Konkretisierung, und relevante gesellschaftliche Akteure sehen in ihm den entscheidenden Ansatzpunkt, um einen neuen Wachstumszyklus unter sozial-ökologischen Vorzeichen einzuleiten. Dass sich große Energiekonzerne des Themas „erneuerbare Energien“ annehmen (etwa im Rahmen des Wüstenstromprojekts „Desertec“) oder dass Autohersteller die Elektromobilität forcieren, mag einerseits als Greenwashing von wenig nachhaltigen Unternehmensstrategien erscheinen. Andererseits kann es sich aber auch um Anzeichen dafür handeln, dass die Protagonisten des Fossilismus sich auf eine Situation einzustellen beginnen, in der ihnen mit der Erschöpfung wichtiger Ressourcen die materielle

Geschäftsgrundlage entzogen zu werden droht. Dasselbe gilt für Finanzinvestoren, die nach der jüngsten Bauchlandung im Immobiliensektor nun zunehmend bemüht sind, überakkumuliertes Kapital in „grüne“ Aktivitäten (z.B. die Agrartreibstoff- und Lebensmittelproduktion) umzuleiten (vgl. Hoering 2011). Die Erwartung, dass durch einen ökologischen Umbau zahlreiche „green jobs“ geschaffen werden, macht die Green Economy auch für Gewerkschaften interessant. Und schließlich könnte durch die anvisierte Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch und eine Dekarbonisierung der Ökonomie auch Konfliktstoff aus den Nord-Süd-Beziehungen genommen werden: Die durch das Wachstum der Schwellenländer intensivierete Konkurrenz um natürliche Ressourcen würde entschärft, und die zunehmende Verflechtung zwischen dem globalen Norden und Ländern wie Brasilien oder Indonesien auf dem Gebiet der Agrartreibstoffproduktion könnte zu einer hegemonialen Neujustierung globaler Kräfteverhältnisse beitragen.

### **Ein exklusives Modernisierungsprojekt**

Ob dies alles so oder so ähnlich eintritt, ist eine Frage der sozialen Kämpfe, die sich an den aktuellen oder kommenden Verwerfungen entzünden werden. Klar ist, dass es sich bei der Green Economy um ein Herrschaftsprojekt handelt. Es geht darum, die tiefe Krise des neoliberalen Kapitalismus durch neue Akkumulationsstrategien, die gleichzeitig neue Perspektiven des innergesellschaftlichen und internationalen Interessenausgleichs eröffnen, zu überwinden. Inwieweit eine solche Krisenlösung von Dauer wäre, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab, so z.B. von der Möglichkeit, das Wirtschaftswachstum absolut vom Verbrauch natürlicher Ressourcen zu entkoppeln. Nur dann wäre der anvisierte Entwicklungsschub ökonomisch, sozial *und* ökologisch nachhaltig, und nur dann würden die Voraussetzungen dafür geschaffen, die sozialen und ökologischen Kosten der Produktions- und Konsummuster des globalen Nordens nicht länger auf den globalen Süden zu verlagern. Allerdings sind an der Entkoppelungsthese sowohl theoretische als auch empirische Zweifel angebracht. Auf der theoretischen Ebene ließe sich mit Marx argumentieren, dass kapitalistische Produktion aus sich heraus immer dazu tendiert, die „Springquellen alles Reichtums“ zu untergraben: „die Erde und den Arbeiter“ (Marx 1988 [1867], 530). Und was die empirischen Erfahrungen angeht, so weisen Fridolin Krausmann und Marina Fischer-Kowalski (2010, 63) darauf hin, dass „die teilweise enormen Effizienzgewinne [...] in der Vergangenheit nie zu einer Reduktion im Stoffwechsel geführt, sondern eher weiteres Wachstum angetrieben“ haben.

Es spricht vieles dafür, dass eine Green Economy die sozialen und ökologischen Widersprüche des Kapitalismus nicht löst, sondern allenfalls zeitlich und räumlich begrenzt



bearbeitbar macht (vgl. Brand 2012b). Letztlich wird es sich um ein exklusives, auf den globalen Norden und die aufstrebenden Teile des globalen Südens beschränktes Modernisierungsprojekt handeln, das neue innergesellschaftliche und internationale Ausschließungen hervorbringt und durch imperialistische Beziehungen zu anderen Teilen der Welt abgesichert wird. Ob es sich um die ArbeiterInnen handelt, die in China, in Afrika oder andernorts unter miserablen Bedingungen die für viele „grüne“ Technologien unabdingbaren Seltenen Erden oder andere Rohstoffe abbauen (vgl. Trampert 2011), oder um die ZuckerrohrschneiderInnen auf brasilianischen Plantagen, die für die Versorgung des US-amerikanischen oder europäischen Marktes mit „Biosprit“ Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen (Fritz 2008, 16 f.) – auch die Green Economy verursacht hohe sozial-ökologische Kosten, die sie zu externalisieren versucht. Dazu kommen inhärente Widersprüche wie die Tatsache, dass die Intensivierung der Agrartreibstoffproduktion mit der Herstellung von Nahrungsmitteln konkurriert und dass eine grüne Ökonomie den Bedarf an bestimmten Ressourcen erhöht und damit die Konkurrenz um diese verschärft (siehe die Drosselung der Exporte von Seltenen Erden durch China).<sup>6</sup> Auch die Konkurrenz um fossile Ressourcen wird unter den Vorzeichen einer Green Economy keineswegs der Vergangenheit angehören. Solange die Energienutzung in ihren quantitativen Dimensionen nicht in Frage gestellt wird, sondern sogar noch zunimmt, werden nicht nur die konventionellen Lagerstätten von Erdöl weiter ausgebeutet werden und sind weitere gewaltsame Konflikte um diese nicht auszuschließen. Mit den absehbaren Preissteigerungen wird vielmehr auch die Förderung bzw. Gewinnung von Erdöl aus Tiefseelagerstätten bzw. aus Ölsand rentabler. Und schließlich grenzt die Green Economy bereits auf einer konzeptionellen Ebene wichtige Bereiche aus. So kommen „[u]nbezahlte sorgende und pflegende Tätigkeiten für Mensch (aber auch Natur) [...] eben so wenig vor wie schlecht bezahlte personenbezogene Dienstleistungen“ (Gottschlich 2012, 1).

Aus einer kritischen Perspektive wird es deshalb darauf ankommen, den Problemerkern der Krise – den kapitalistischen Wachstumszwang sowie die „imperiale Lebensweise“ des globalen Nordens (Brand/Wissen 2011) und die ihr zugrunde liegenden ressourcenintensiven Produktions- und Konsummuster – zu politisieren und die Suffizienzfrage – was ist nötig für ein gutes Leben? – starkzumachen. Die Situation hierfür ist durchaus günstig, denn es ist keineswegs ausgemacht, dass die Green Economy aus den anstehenden sozialen Auseinandersetzungen als neues hegemoniales Projekt hervorgeht (bzw. in welcher Form sie das tut), oder ob es gelingt, gegenhegemoniale Bündnisse zu bilden, die – durchaus unter Einbezug von kritischen BefürworterInnen einer Green Economy – eine grundlegende sozial-ökologische Transformation anstoßen.

---

<sup>6</sup> Siehe hierzu auch Hirsch (2011, 20): „Der Kapitalismus kann zwar durchaus ‚ökologischer‘ werden, etwa indem die Reparatur von Umweltbeschädigungen selbst zu einem profitablen Geschäftsfeld gemacht wird, doch verändern sich dadurch nur die Formen und Felder der Zerstörung.“

## Literaturverzeichnis

Altvater, Elmar/Kurt Hübner/Jochen Lorentzen/Raúl Rojas (Hg.) (1987): Die Armut der Nationen. Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire, Berlin

Boris, Dieter/Stefan Schmalz (2009): Eine Krise des Übergangs: Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft; in: PROKLA 4/2009, 625-643

Brand, Ulrich (2009): Schillernd und technokratisch: Grüner New Deal als magic bullet in der Krise des neoliberal-imperialen Kapitalismus?; in: PROKLA 3/2009, 475-481

Brand, Ulrich (2012a): Green Economy – the Next Oxymoron?; in: GAIA 1/2012 (i.E.)

Brand, Ulrich (2012b): Produktives Scheitern: *green economy* und Grüner Kapitalismus; in: ak – analyse & kritik 2/2012 (i.E.)

Brand, Ulrich/Markus Wissen (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse; in: Alex Demirovic/Julia Dück/Florian Becker/Pauline Bader (Hg.): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, 79-94

Bruckmeier, Karl (1994): Strategien globaler Umweltpolitik. „Umwelt und Entwicklung in den Nord-Süd-Beziehungen“, Münster

Candeias, Mario (2010): Von der fragmentierten Linken zum Mosaik; in: Luxemburg 1/2010, 6-17

Candeias, Mario/Armin Kuhn (2008): Grüner New Deal – kapitalistischer Weg aus der Krise?; in: Das Argument 6/2008, 805-812

Fritz, Thomas (2008): Agroenergie in Lateinamerika. Fallstudie anhand vier ausgewählter Länder: Brasilien, Argentinien, Paraguay und Kolumbien, hrsg. von Brot für die Welt und Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (<http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/Agroenergie-in-Lateinamerika-Thomas-Fritz.pdf>)

Gottschlich, Daniela (2012): Nachhaltiges Wirtschaften: Zum Verhältnis von Care und Green Economy ([http://genanet.de/fileadmin/downloads/Green\\_Economy/Care\\_Economy\\_finalx.pdf](http://genanet.de/fileadmin/downloads/Green_Economy/Care_Economy_finalx.pdf))

Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus, Hamburg

Hauff, Volker (Hg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven

Hirsch, Joachim (2011): Ein grüner Kapitalismus? Auch das neue „Modell Deutschland“ ist eine expansive Wachstumsökonomie; in: iz3w November/Dezember 2011, 19-21

Hoering, Uwe (2011): Die Wiederentdeckung des ländlichen Raumes als Beitrag zur kapitalistischen Krisenlösung; in: Alex Demirovic/Julia Dück/Florian Becker/Pauline Bader (Hg.): VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg, 111-128

IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) (2007): Summary for Policymakers, in: Climate Change (2007): The Physical Science Basis. Contribution on access of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (<http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/wg1/ar4-wg1-spm.pdf>)

Krausmann, Fridolin/Marina Fischer-Kowalski (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Globale Transformationen der Energie- und Materialflüsse; in: Reinhard Sieder/Ernst Langthaler (Hg.): Globalgeschichte 1800-2010, Wien, 39-66

Marx, Karl (1988 [1867]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin

Meadows, Dennis/Donella Meadows/Erich Zahn/Peter Milling (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart

Myers, Norman/Jennifer Kent (2004): The New Consumers. The Influence of Affluence on the Environment, Washington

Peck, Jamie/Adam Tickell (2002): Neoliberalizing space; in: Antipode 3/2002, 380-404

Plehlwe, Dieter/Bernhard Walpen (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und –erhaltung; in: PROKLA 2/1999, 203-235

Schachtschneider, Ulrich (2009): Green New Deal – Sackgasse und sonst nichts? RLS Standpunkte 17/2009 ([http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte\\_2009\\_17.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_2009_17.pdf))

Stern, Nicolas (2006): Stern Review on the Economics of Climate Change ([www.hm-treasury.gov.uk/independent\\_reviews/stern\\_review\\_economics\\_climate\\_change/sternreview\\_index.cfm](http://www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/sternreview_index.cfm), 02.11.2010)

Trampert, Rainer (2011): Gefährliche Zeiten. Der Grüne Kapitalismus und sein Imperialismus; in: iz3w November/Dezember 2011, 25-27

UNEP (United Nations Environment Programme) (2009): Rethinking the Economic Recovery. A Global Green New Deal (<http://www.unep.org/greeneconomy>)

UNEP (United Nations Environment Programme) (2011): Towards a green economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. A Synthesis for Policy Makers (<http://www.unep.org/greeneconomy>)

Wissen, Markus (2011): Umwelt- und Ressourcenpolitik, in: Ilker Atac/Albert Kraller/Aram Ziai (Hg.): Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung, Wien, 301-315

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2005): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit, München